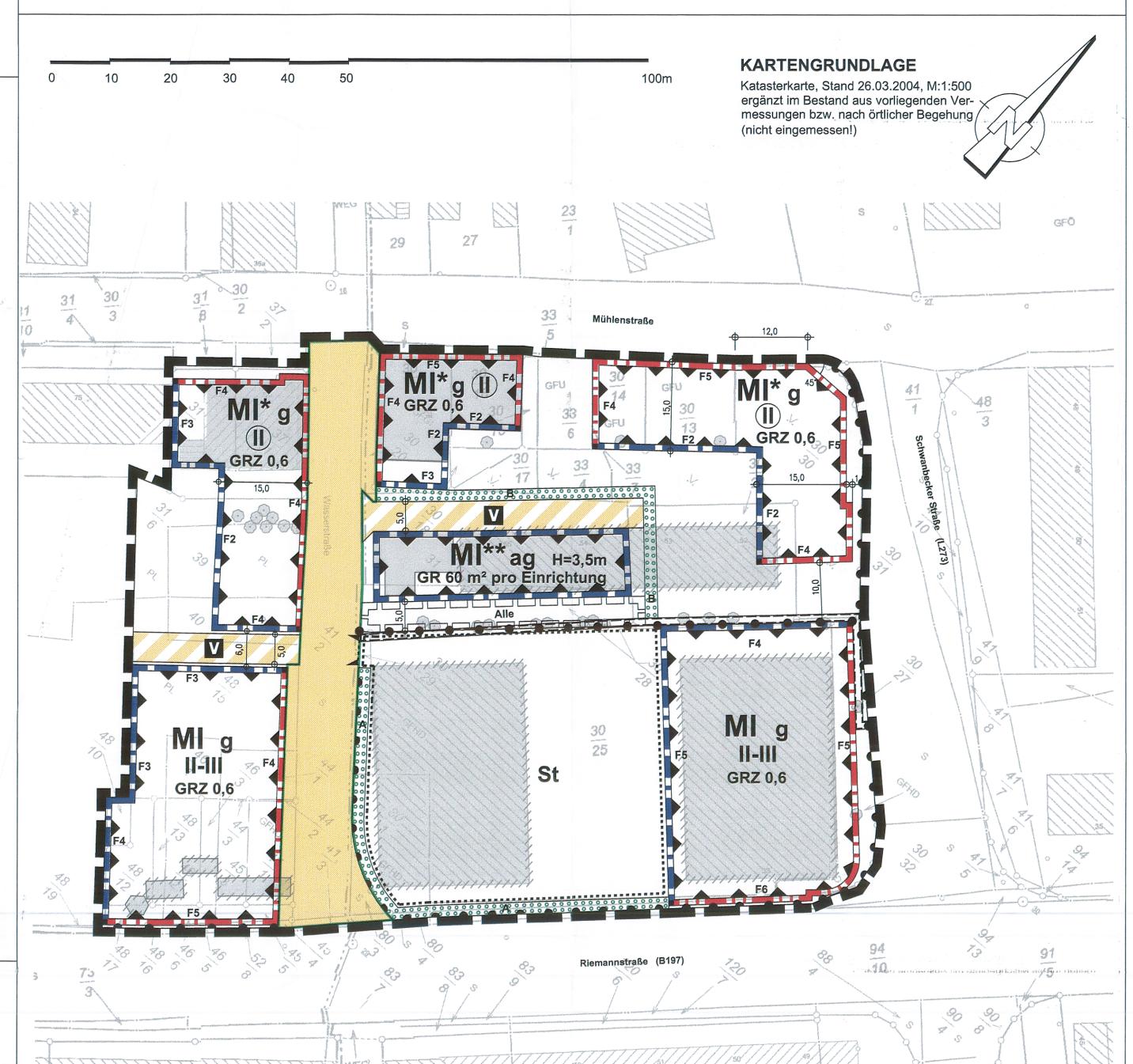
## Satzung der Stadt Friedland über den Bebauungsplan Nr. 15 Wohnquartier Mühlenstraße, Riemannstraße, Schwanbecker Straße

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. S. 2141, 1998 I S. 137) und des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i.d.F. der Bekanntmachung vom 06.05.1998 (GVOBI. S.468, ber. S. 612), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16.Dezember 2003 (GVOBL. S.690) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung Friedland vom 05.04.2006 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 15 Wohnquartier Mühlenstraße, Riemannstraße, Schwanbecker Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:



# PLANZEICHNUNG (TEIL A)

	ICHENERKLÄRUNG er baulichen Nutzung RECI	HTSGRUNDLAGE § 9/1/1 BauGB	Sonstige Planz	zeichen			
MI	Mischgebiet (MI, MI*, MI**)	§ 6 BauNVO		Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	§ 9/7 BauGB		
GRZ 0,6 GR 60 m² II II - III	Grundflächenzahl max. zulässige Grundfläche pro Einrichtung Zahl der Vollgeschosse zwingend Zahl der Vollgeschosse als Mindest- u. Höchstmaß	§ 16/2/1 BauNVO § 16/3/1 BauNVO § 16/2/3 BauNVO § 16/2/3 BauNVO		Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen St Stellplätze L  Einfahrtsbereich Stellplätze	§ 9/1/4 BauGB		
	Hinweis: Als Vollgeschoss zählt nur das Erdgeschoss und die Obergeschosse. Geschosse, die im Dachraum liegen, zählen nicht zu den Vollgeschossen.		Alle	mit Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit zu belastende Flächen Leitungsrecht zugunsten des Gasversorgers	§ 9/1/21 BauGB		
H=3,5m	max. Höhe baulicher Anlagen über Fahrbahnoberfläche der angrenzenden Verkehrsfläche	§ 16/2/4 BauNVO	F6 F3	(E.DIS Aktiengesellschaft) Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen	§ 9/1/24 BauGB		
Bauweise, übe	rbaubare Grundstücksflächen	§ 9/1/2 BauGB	1 2	(hier Verkehrslärm) i.S.d. BlmSchG F2-F6 Bezeichnung der Fassaden (mit Zuord-			
2001 I I 2000000 I I 2000	Baulinie	§ 23/2 BauNVO		nung des nach DIN 4109 erforderlichen			
g	Baugrenze geschlossene Bauweise	§ 23/3 BauNVO § 22/1 BauNVO		resultierenden Schalldämmmaßes)			
ag	abweichende geschlossene Bauweise (geschlossene Bauweise bzw. zur Grundstücksgrenze auch Abstände < 3 m zulässig)	3 22/	Darstellungen	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung  ohne Normcharakter	§ 1/4 u. 16/5BauNVO		
Verkehrsflächen		§ 9/1/11 BauGB		Flur- / Flurstücksgrenzen			
	Straßenbegrenzungslinie		00	Tidi-7 Tidi-stackogrenzen			
	Straßenverkehrsfläche	§ 9/1/11 BauGB	<u>20</u> 108	Flurstücksnummern			
	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (hier private Verkehrsfläche)	§ 9/1/11 BauGB	⊕ 3,00 ⊕	Bemaßung in Meter			
	V verkehrsberuhigter Bereich (Anliegerweg)			Gebäudebestand laut Kataster			
	Bereich ohne Ein- und Aufahrt	§ 9/1/11 BauGB		Gebäudebestand ergänzt, nicht eingemessen			
	dschaft / Pflanzbindungen	§ 9/1/25 BauGB	7////	Abriss von Gebäuden			
0 0 0 0 0 0 0 0	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9/1/25 BauGB	4,,,,,,8	Gehölzbestand (nicht eingemessen)			
		§ 9/1/25 BauGB					

### Textliche Festsetzungen (Teil B)

- I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO
- . Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB) 1.1 Gemäß § 1 Abs.5 BauNVO sind in den Mischgebieten Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten nicht zulassig.
- 1.2 Gemäß § 1 Abs.5 i.V.m. Abs.8 BauNVO sind in den Teilgebieten MI\* Einzelhandelsbetriebe nicht zulässig. Ausgenommen davon sind der Versorgung dienende Läden.
- 1.3 Gemäß §1 Abs.5 i.V.m. Abs.8 BauNVO sind im Teilgebiet MI\*\* Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Einzelhandelsbetriebe mit Ausnahme von Läden, Beherbergungsbetriebe, sonstige Gewerbebetriebe mit Ausnahme von Schank- und Speisewirtschaften, Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke nicht zulässig.
- 1.4 Gemäß §1 Abs.6 BauNVO sind in den Mischgebieten auch ausnahmsweise Vergnügungsstätten nicht
- Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB)
- 2.1 Zwischen Strassenbegrenzungslinie und Baulinie sind oberirdische Nebenanlagen nicht zulässig (§ 14 Abs.1 und § 23 Abs.5 BauNVO).
- Die Strassenbegrenzungslinien an der Mühlenstr., Riemannstr. und Schwanbeckerstr. fallen mit der Grenze des räumlichen Geltungsbereiches zusammen und sind in diesem Bereich nicht dargestellt.
- Größe der Baugrundstücke (§ 9 Abs.1 Nr.3 BauGB) 3.1 lm MI\*\* wird als Obergrenze für die Grundstücksgröße 130 qm festgesetzt.

#### 4. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft / Pflanz-

- bindungen (§ 9 abs.1 Nr.20 und 25 BauGB) 4.1 Die festgesetzen Flächen für Stellplätze sind durch das Anpflanzen von Bäumen aufzulockern und zu glie-
- dern. Pro 4 Stellplätze ist ein Ahornbaum (Acer platanoides "Farlakes Green") als Hochstamm, 3x verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 18 - 20 cm zu pflanzen. 4.2 Auf den mit A gekennzeichneten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern an der
- Riemannstraße und Wasserstraße sind mindestens einreihig Hainbuchen (Carpinus betulus) als Hochstamm, 3x verpflanzt,mit Ballen, Stammumfang 18 - 20 cm, im Abstand von 5 m anzupflanzen. Die Grünstreifen sind flächig mit Bodendeckern zu bepflanzen; die Wuchshöhe darf 60 cm nicht überschreiten. Folgende Gehölze sind zu verwenden:
- Cotoneaster dammeri in Sorten Zwergmispel Euonymus fortunei in Sorten Kletter - Spindelstrauch Potentilla 'Dart's Golddigger'
- Fingerstrauch Potentilla var.mandshurica Fingerstrauch Spiraea japonica 'Little Princess' Rosa Zwergspiere Die Pflanzdichte ist art- und sortenabhängig.
- 4.3 Auf den mit B gekennzeichneten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ist eine zweireihige Pflanzung aus Sträuchern anzulegen.
- Folgende Gehölze sind zu verwenden: Colutea arborescens Blasenstrauch Kerria japonica Ligustrum vulgare Liguster Rote Heckenkirsche Lonicera xylosteum Lonicera x xylosteoides 'Clavey's Dwarf' Niedrige Heckenkirsche
- Philadelphus in Sorten Pfeifenstrauch Phyracantha 'Soleil d'Or' Feuerdorn Ribes alpinum 'Schmidt' Alpenjohannesbeere

auf die Fertigstellung des Vorhabens folgenden Pflanzperiode zu erfolgen.

Die Fertigstellung der Anpflanzung ist der Unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen. Vorkehrungen zum Schutz vor schädliche Umwelteinwirkungen i.S.d. BImSchG (§ 9 Abs.1 Nr.24 BauGB) 5.1 Im Plangebiet sind die schutzbedürftigen Wohn- und Schlafräume an der lärmabgewandten Fassade

4.4 Die im Punkt 4.1 - 4.3 festgesetzten Anpflanzgebote haben durch den Grundstückseigentümer bis zu der

Die Gehölzpflanzung kann je Grundstück für eine 3m breite Zufahrt unterbrochen werden.

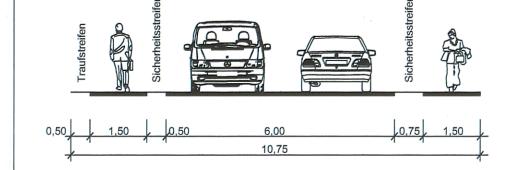
- unterzubringen. Wo dies nicht möglich ist, sind in Schlafräumen zusätzlich schallgedämmte Lüftungseinrichtungen vorzusehen. 5.2 An Neubebauungen sind Außenwohnbereiche (wie Balkone, Loggien etc.) nicht zulässig bzw. nur an der
- lärmabgewandten Seite des Gebäudes bzw. auf dem Innenhof. Gegebenenfalls sind sie zu verglasen. 5.3 Als Vorsorge zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (hier Straßenverkehrslärm) sind die festgesetzten Fassaden mit dem nach DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau", Tabelle 8 erforderlichen resultierenden Schalldämmmaß R'w,res auszubilden.
- Bei den Fassaden, an denen unterschiedliche Lärmpegelbereiche ermittelt wurden, wurde der jeweils höchste Lärmpegelbereich zum Ansatz gebracht. Das nach DIN 4109 zum Schutz gegen Außenlärm erforderliche resultierende Schalldämmmaß kann hier im Einzelfall unter Berücksichtigung der Aussagen des Gutachtens nachgewiesen werden.

Fassade	Aufenthaltsräume in Wohnungen / Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliche	Büroräume und ähnliche		
	erf. R´w,res des Außenbauteils in dB			
F6	50	45		
F5	45	40		
F4	40	35		
F3	35	30		
F2	30	30		

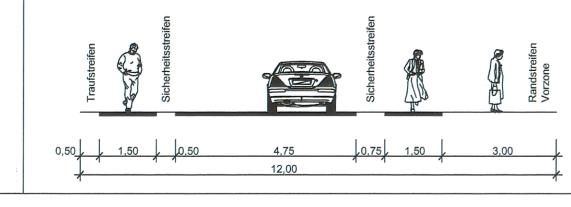
- II. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME gemäß §9 Abs.6 BauGB
- 1.0 Die gesamte Friedländer Altstadt ist einflächiges Bodendenkmal. Veränderungen oder Beseitigung nach §7 DSchG M-V können genehmigt werden, sofern vor Baubeginn jeglicher Erdarbeiten die fachgerechte Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale sichergestellt wird. Alle durch diese Maßnahme anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (§6 Abs.5 DSchG M-V, GVBI. Meckl. Vorp.Nr.1 vom 14.01.1998, S.12ff).
- III. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN gemäß §86 Abs.1 LBauO M-V (gelten für die Mischgebiete mit Ausnahme des MI\*\*)
- 1.1 Strassenseitig sind die Dächer geneigt auszubilden. Zulässig sind Dachneigungen von 30° 50°.
- 1.2 Zulässig sind nur Dacheindeckungen aus Dachsteinen oder Dachziegeln in den Farben rot bis rotbraun. Glasiertes Material ist nicht gestattet.
- 2.0 Fassaden Hauptgebäude
- 2.1 Zulässig sind nur Putzfassaden. 2.2 Die strassenseitigen Fassaden an der Mühlenstrasse, Wasserstrasse und Riemannstrasse im Abschnitt westlich der Wasserstrasse sind im Abstand von mindestens 8 m und höchstens 20 m Breite zu gliedern. Im Trauf- und Firstbereich sind jeweils ablesbare Versätze anzuordnen.
- 3.0 Anordnung der Hauptgebäude
- 3.1 Zulässig ist maximal eine Höhe von 0,35m OK Erdgeschoß über Niveau OK Strassenbord vor Mitte Haus. 3.2 Hauseingangsstufen dürfen nicht im öffentlichen Gehwegbereich liegen.
- 4.0 Vorflächen der Hauptgebäude / Stellplätze
- 4.1 Die zwischen den Strassenbegrenzungslinien und den strassenseitigen Fassaden liegenden Flächen sind
- zu befestigenzu. Vorgartengestaltungen sind nicht zulässig.
- 4.2 Die festgesetzten Flächen für Stellplätze sind in farbig unterschiedlicher Pflasterung herzustellen.
- 5.1 Zäune und Mauern zur Abgrenzung der "Flächen für Stellplätze" sind unzulässig.
- 5.2 Die im MI\* östlich der Wasserstraße zwischen den beiden Teilgebieten liegenden Grundstücksflächen an der Mühlenstraße sind mit einer geschlossenen Wand (Mauer), mindestens 1,80 m hoch, einzufrieden.
- <u>6.0 Ordnungswidrigkleiten</u>
- 6.1 Ordnungswidrig nach §84 Abs.1 Nr.1 LBauO M-V handelt, wer - die Dächer der Hauptgebäude nicht gemäß Punkt 1.1 und 1.2 ausbildet
- die Fassaden der Hauptgebäude nicht wie in den Punkten 2.1 und 2.2 vorgegeben gestaltet - die Hauptgebäude nicht wie im Punkt 3.1 und 3.2 vorgegeben anordnet
- die Vorflächen der Hauptgebäude bzw. der Stellplätze nicht gemäß Punkt 4.1 bzw. 4.2 anlegt - Einfriedungen nicht wie im Punkt 5.1 vorgegeben vornimmt.

#### STRASSENPROFILE M 1:100

Wasserstraße -Süd



Wasserstraße - Nord



#### **VERFAHRENSVERMERKE**

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung Friedland vom 27.03.2002. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte ortsüblich in der Neuen Friedländer



2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 3 Nr. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) beteiligt worden.



3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB erfolgte durch Auslegung des Vorentwurfes vom März 2005.

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB



Friedland.18.02.2005

4. Die Stadtvertretung hat am 14.12.2005 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.



Friedland, 15.12.2005

Friedland, 11.01.2006

Friedland, 18.02.2006

Friedland, 06.04.2006

Friedland, 06.04.2006

Friedland, 29.06.2006

Friedland, 17.04.2002

Friedland, 02.11.2005

5. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden sind gemäß § 4 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 BauGB über die öffentliche Auslegung in Kenntnis gesetzt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.



Bürgermeister

6. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 17.01.2006 bis zum 17.02.2006 in der Stadtverwaltung Friedland während der üblichen Dienststunden

Montag, Dienstag von 08.30 bis 12.30 Uhr und 13.30 bis 15.30 Uhr von 08.30 bis 12.-30 Uhr von 08.30 bis 12.30 Uhr Donnerstag

und 13.30 bis 17.30 Uhr von 08.30 bis 12.30 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 11.01.2006 ortsüblich



7. Der katastermäßige Bestand wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die ALK durch Digitalisierung des analogen Bestandes entstanden ist. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.



Leiter Katasteramt

8. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 05.04.2006 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.



i.A. Kohn

9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 05.04.2006 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom 05.04.2006



Friedland, 06.04.2006

Bürgermeister

10. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 15 für das Wohnquartier Mühlenstrasse, Riemannstrasse, Schwanbecker Strasse, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.



11. Der Beschluß über den Bebauungsplan Nr. 15 für das Wohnquartier Mühlenstrasse, Riemannstrasse, Schwanbecker Strasse sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 28.06.2006 durch Veröffentlichung in der Neuen Friedländer Zeitung ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewie-

Die Satzung ist mit Ablauf des 28.06.2006 in Kraft getreten.



id-Nr.126 STADT FRIEDLAND Satzung über den Bebauungsplan Nr. 15 Wohnquartier Mühlenstrasse, Riemannstrasse, Schwanbecker Strasse

rechts kräftigen B-Plan am 18.01.07 an Satzung vom 05.04.2006 Fran Redner Band überseben Ru

N:/ 2004B174/10/satzung.dwg